

Stellungnahme des Jugendrates

Statement zur Entscheidung bezüglich der Abschlussprüfungen 2020

Der Jugendrat der Stadt Düsseldorf spricht sich aufgrund der Corona-Pandemie für die Absage der Abschlussprüfungstermine 2020 in NRW aus.

Seit dem 16.03.2020 sind in NRW aufgrund der Corona-Pandemie alle Schulen geschlossen. Der Unterricht entfällt. Diese Maßnahme galt offiziell bis zum Ende der Osterferien, also bis zum 19.04.2020. Nun bleiben die Schulen zu. Die Abschlussprüfungen sollen jedoch geschrieben werden und mit der entsprechenden Vorbereitung soll ab Montag, dem 20.04.2020 begonnen werden.

Die Gesundheit der Bevölkerung und somit auch die der Schülerinnen und Schüler sollte aktuell an oberster Stelle stehen. Die Pandemie verlangt gegenwärtig von uns allen ab diesem Ziel nahezu alle Aspekte des täglichen Lebens unterzuordnen. Insofern spricht diese zurzeit geltende oberste Maxime gegen die Durchführung der Prüfungen als nicht unabdingbare Ansammlung von Menschen und unnötiges Infektionsrisiko, das durch den Unterricht, der diesen vorangehen soll, nur noch weiter gesteigert wird. Des Weiteren wäre der Besuch dieser geplanten Unterrichtseinheiten für die Schülerinnen und Schüler, die sich entweder in Quarantäne befinden, den Risikogruppen angehören oder auf Grund sonstiger Aspekte verhindert sind, ohnehin nicht möglich.

Hinzukommt, dass die Fähigkeit mit dem Unterrichtsausfall umzugehen derzeit stark von den familiären und finanziellen Verhältnissen der Schülerinnen und Schüler abhängt.

Die häusliche Lernatmosphäre ist von Haushalt zu Haushalt unterschiedlich. Wer zuhause einen geeigneten Rückzugsort zum Lernen hat, der kann den Unterrichtsausfall besser kompensieren als der- oder diejenige, der mit der Familie auf engstem Raum lebt.

Auch der fehlende Kontakt zum Lehrpersonal ist problematisch: Besonders jenen Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten mit bestimmten Unterrichtsinhalten haben, fällt es derzeit schwer sich vollkommen eigenständig auf die Prüfungen vorzubereiten. Zudem sind die meisten Schulen digital nicht ausreichend ausgestattet, um den Kontakt zwischen Lernenden und Lehrenden aufrechtzuerhalten.

Nicht wenige Schülerinnen und Schüler müssen momentan mehreren Rollen gleichzeitig gerecht werden und in der derzeitigen

Ausnahmesituation andere Aufgaben übernehmen. Sei es, dass sie für ältere und vorerkrankte Mitbürgerinnen und Mitbürger einkaufen oder dass sie jüngere Geschwister betreuen. Die zur Verfügung stehende Zeit für die Prüfungsvorbereitung wird infolgedessen von der Pandemie beeinflusst. Wenn die Chancengleichheit gewahrt werden soll, können die Abschlussprüfungen nicht wie geplant geschrieben werden.

Auch aus psychischen Gründen sollte die Entscheidung, die Prüfungen zu schreiben, überdacht werden. Derzeit bangen zahlreiche Schülerinnen und Schüler gerade mit ihren Eltern um deren Existenz. Viele Arbeitsplätze und damit auch der Familienunterhalt sind derzeit gefährdet. Dies betrifft den gesamten Arbeitsmarkt, also sowohl Selbstständige als auch Angestellte. Aufgrund der vorangegangenen sich ständig wechselnden Lage und der fehlenden Planungssicherheit hinsichtlich der entsprechenden Vorbereitung, ist es für viele Lernende derzeit nicht möglich sich voll und ganz auf die Prüfungen einzustellen. Durch solche Ängste und Sorgen wird die Aufnahmefähigkeit während des Lernens vermindert.

Bei den Abschlussprüfungen handelt es sich um wesentliche Prüfungen von enormer Bedeutung, die maßgeblich über die Zukunft der Schülerinnen und Schüler entscheiden. Die Prüfungen und ihre Ergebnisse würden massiv durch die aktuelle internationale Belastungssituation beeinträchtigt werden.

Eine angemessene Prüfungsvorbereitung kann nicht gewährleistet werden. Die Durchführung von Abschlussprüfungen im Jahr 2020 ist nicht verantwortbar.

Aus den oben genannten und weiteren Gründen lehnen wir die Durchführung der Abschlussprüfungen ab und fordern eine umgehende Entscheidung für eine zumutbare Lösung durch das Schulministerium in Zusammenarbeit mit den Lehrer*innengewerkschaften und den zuständigen Schüler*innenvertretungsorganen. Ein potenzieller und mehrfach diskutierter Lösungsansatz wäre die vorübergehende Einführung des Durchschnitts-Abiturs/ESA/MSA und die Möglichkeit zu einer freiwilligen Teilnahme an Abschlussprüfungen.